

Veröffentlichungen des Walther-Schücking-Instituts
für Internationales Recht an der Universität Kiel

Band 205

**Souveränität
über natürliche Ressourcen
in Situationen der Fremdbestimmung**

Von

Arne Reißmann



Duncker & Humblot · Berlin

ARNE REISSMANN

Souveränität
über natürliche Ressourcen
in Situationen der Fremdbestimmung

**Veröffentlichungen des Walther-Schücking-Instituts
für Internationales Recht an der Universität Kiel**

In der Nachfolge von Jost Delbrück
herausgegeben von

Andreas von Arnauld, Thomas Kleinlein
und Nele Matz-Lück
Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht

Band 205

Völkerrechtlicher Beirat des Instituts:

Christine Chinkin
London School of Economics

Lori F. Damrosch
Columbia University, New York

Rainer Hofmann
Johann Wolfgang Goethe-
Universität, Frankfurt a.M.

Eibe H. Riedel
Universität Mannheim

Allan Rosas
Court of Justice of the European
Union, Luxemburg

Bruno Simma
Iran-United States Claims
Tribunal, The Hague

Daniel Thürer
Universität Zürich

Christian Tomuschat
Humboldt-Universität, Berlin

Rüdiger Wolfrum
Max-Planck-Stiftung für
Internationalen Frieden
und Rechtsstaatlichkeit,
Heidelberg

Souveränität
über natürliche Ressourcen
in Situationen der Fremdbestimmung

Von

Arne Reißmann



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel hat diese Arbeit
im Jahre 2020 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 1435-0491
ISBN 978-3-428-18024-0 (Print)
ISBN 978-3-428-58024-8 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

Meiner Familie

Vorwort

Die Zeit, in der ich für diese Dissertationsschrift geforscht, den Text verfasst und Ergebnisse diskutiert habe, war eine zuweilen entbehrungsreiche, aber in jedem Fall lehrreiche und gewinnbringende. Das gilt nicht nur für den Erkenntnisgewinn über die dauerhafte Souveränität über natürliche Ressourcen in Situationen der Fremdbestimmung, sondern auch in persönlicher Hinsicht. Daher möchte ich an dieser Stelle den Personen Dank sagen, die zum Gelingen dieses Projektes beigetragen haben.

Zunächst gilt mein herzlicher Dank meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Andreas von Arnauld. Ich danke ihm insbesondere für seine Betreuung, seine jederzeitige Hilfsbereitschaft, den Freiraum zum Forschen und das in mich gesetzte Vertrauen. Er hat mich als wissenschaftlichen Mitarbeiter an seinen Lehrstuhl und an das Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel geholt, wo ein Großteil der vorliegenden Arbeit entstanden ist. Hier fand ich ein zugewandtes, stets hilfsbereites Institutsteam und beste Bedingungen zum Forschen und Lehren vor. Die freundschaftliche Atmosphäre, die Diskussionen mit inspirierenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und die hervorragend ausgestattete Völkerrechtsbibliothek am Walther-Schücking-Institut haben die Arbeit an diesem Forschungsvorhaben wesentlich gefördert. In Lehrstuhlrunden und Institutskolloquien konnte ich meine Dissertation vorstellen und diskutieren und wertvolle Anregungen aufnehmen.

Auch für die überaus zügige Erstellung des Erstgutachtens gilt Herrn Prof. Dr. Andreas von Arnauld mein besonderer Dank. Frau Prof. Dr. Kerstin von der Decken danke ich für die Übernahme des Zweitgutachtens. Beiden gebührt Dank für viele hilfreiche Anmerkungen zum Manuskript. Herrn Prof. Dr. Andreas von Arnauld, Herrn Prof. Dr. Thomas Kleinlein und Frau Prof. Dr. Nele Matz-Lück danke ich für die Aufnahme des Werkes in die Schriftenreihe des Walther-Schücking-Instituts. Für die Veröffentlichung wurde die Arbeit ergänzt und auf den Stand vom April 2023 gebracht. Eingearbeitet werden konnten auf diesem Wege die neuesten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zu zwei Abkommen zwischen der EU und Marokko sowie die Besetzung von Teilen der Ukraine durch Russland im Zuge der Invasion seit 2022.

Viele weitere Personen haben mich während der Arbeit an der Dissertation begleitet und unterstützt. Ihnen danke ich für den fachlichen und persönlichen Austausch, die Anregungen und die Motivation. Einige möchte ich gern namentlich nennen. Dies sind meine Kolleginnen und Kollegen am Walther-Schücking-Institut Sinthiou Buszewski, Henning Büttner, Sonja Dietz, Dr. Erik van Doorn, Dr. Stefan

Martini, Theresa Buncke, Nikolaus Koch, Avril Rushe, Katharina Seifert, Dr. Philipp Stöckle und Felix Telschow. Frau Carmen Thies danke ich für ihre administrative Hilfe. Frau Jana Kostorz danke ich für die Unterstützung bei der Recherche in der United Nations Depository Library am Walther-Schücking-Institut. Ein inspirierendes Gespräch konnte ich dankenswerterweise mit Herrn Botschafter Dr. Andrij Melnyk bei seinem Besuch in Kiel führen.

Herrn Prof. Dr. Florian Jeßberger habe ich es zu verdanken, dass ich auf das Thema dieser Studie aufmerksam geworden bin. Unter seiner Betreuung ist meine Magisterarbeit mit dem Titel „Corporate war crime“: Zur völkerstrafrechtlichen Bewertung der Beteiligung privater Wirtschaftsunternehmen an der Ausbeutung natürlicher Ressourcen in Konflikt- und Kriegsregionen“ entstanden, die ich im Jahr 2012 der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg vorgelegt habe. Im Rahmen dieser Forschungsarbeit stellte sich heraus, dass ein großer Forschungsbedarf hinsichtlich der dauerhaften Souveränität über natürliche Ressourcen in Situationen der Fremdbestimmung bestand, dem in einer Dissertation nachzugehen sich lohnen würde. Einige Gedanken aus dieser Arbeit sind in die vorliegende Studie eingeflossen.

An der Bucerius Law School in Hamburg konnte ich mein Forschungsvorhaben beginnen. Für diese Möglichkeit und die Unterstützung danke ich Herrn PD Dr. Jasper Finke. Für viele anregende Gespräche im Arbeitskreis junger Völkerrechtswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in Hamburg danke ich Dr. Andreas Haas, Dr. Sebastian tho Pesch, Dr. Moritz von Rochow, Dr. Sarah Schadendorf und Dr. Felix Wirkert.

Ich danke Frau Prof. Dr. Daniëlla Dam-de Jong, mit der ich Kernpunkte meiner Arbeit diskutieren konnte. Ebenso gilt Herrn Dr. Dieter Fleck und Frau Prof. Cymie Payne mein Dank dafür, dass sie für Gespräche über meine Thesen zur Verfügung standen. Dr. Anne Dienelt und Dr. Britta Sjöstedt danke ich für die Möglichkeit, am Hamburger Workshop zum Thema des Umweltschutzes in bewaffneten Konflikten teilzunehmen.

Herrn Prof. Dr. Dr. Felix Ekardt, Herrn Prof. Dr. Florian Jeßberger und Herrn Prof. Dr. Stefan Oeter bin ich für die Unterstützung, die sie mir in frühen Phasen meiner akademischen Laufbahn haben zukommen lassen, verbunden.

Schließlich danke ich besonders herzlich den lieben Menschen, deren Unterstützung und Zuspruch die Arbeit, wie sie nun gedruckt vorliegt, erst möglich gemacht haben. Sie haben während der Promotionszeit so manche Entbeh rung mit ertragen und jederzeit für Motivation und Ausgleich gesorgt. Ihrer Geduld und Hilfsbereitschaft kann ich stets sicher sein. Dieser Dank gilt Nathalie Zavazava, Peter Treu, meinem Bruder, Ole Reißmann, und – ganz besonders – meinen Eltern, Bettina Lassen-Reißmann und Horst Reißmann. Meiner Familie widme ich dieses Buch.

Inhaltsübersicht

Einleitung	37
-------------------------	----

1. Teil

Die dauerhafte Souveränität über natürliche Ressourcen	53
---	----

1. Kapitel

Die Entwicklung der PSNR	53
---------------------------------	----

A. Einleitung	53
B. Die formativen Phasen	55
C. Die gegenwärtige Entwicklung der PSNR	83
D. Schlussfolgerungen	87

2. Kapitel

Die PSNR als Bestandteil des Selbstbestimmungsrechts: Völker als Träger und Begünstigte der PSNR und korrelierende Staatenpflichten	90
--	----

A. Einleitung	90
B. Die PSNR von Staatsvölkern	92
C. Die PSNR von Völkern im Sinne von ethnischen Gruppen	144
D. Schlussfolgerungen	160

3. Kapitel

Die PSNR als begrenzte staatliche Souveränität: Rechte und Pflichten von Staaten	166
---	-----

A. Einleitung	166
B. Begrenzte territoriale Souveränität über natürliche Ressourcen	166
C. Das Recht zur Ausübung der PSNR und die Pflichten zur Achtung, zum Schutz und zur Gewährleistung der PSNR als wirtschaftliches Selbstbestimmungsrecht	171
D. Schlussfolgerungen	196

4. Kapitel

Die Rechtsquellen und die Rechtsnatur der PSNR	198
A. Einleitung	198
B. Die PSNR als Norm des Völkervertragsrechts	198
C. Die PSNR als Norm des Völkergewohnheitsrechts	200
D. Die PSNR als Prinzip (Grundsatz) und als allgemeiner Rechtsgrundsatz des Völkerrechts	219
E. <i>Jus-cogens-</i> und <i>erga-omnes</i> -Eigenschaft der PSNR	224
F. Schlussfolgerungen	243

2. Teil

Die dauerhafte Souveränität über natürliche Ressourcen in Situationen der Fremdbestimmung: Pflichten der Inhaber der Gebietskontrolle	244
--	-----

5. Kapitel

Die PSNR in nicht selbstregierten Gebieten	244
A. Einleitung	244
B. Das Selbstbestimmungsrecht von Völkern nicht selbstregierter Gebiete und die korrelierenden Pflichten von Verwaltungsmächten zur Achtung, zum Schutz und zur Gewährleistung dieses Rechts	246
C. Weitere PSNR-bezogene Pflichten von Verwaltungsmächten	282
D. Schlussfolgerungen	287

6. Kapitel

Die PSNR in besetzten Gebieten	289
A. Einleitung	289
B. Das Besetzungsrecht	293
C. Pflichten und Kompetenzen von Besatzern in Bezug auf PSNR-relevantes Verhalten	325
D. Schlussfolgerungen	649

7. Kapitel

Die PSNR in Gebieten unter der Kontrolle von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen und in komplexen Konfliktsituationen	653
A. Einleitung	653

B. Pflichten nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen in Bezug auf PSNR-relevantes Verhalten in grundständigen nichtinternationalen bewaffneten Konflikten	660
C. Pflichten nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen in Bezug auf PSNR-relevantes Verhalten in komplexen Konfliktsituationen	713
D. Schlussfolgerungen	727

3. Teil

Die dauerhafte Souveränität über natürliche Ressourcen in Situationen der Fremdbestimmung: Pflichten der Drittstaaten, der EU und der UN	730
---	-----

8. Kapitel

Die Pflichten zur Achtung, zum Schutz und zur Gewährleistung der PSNR	730
A. Einleitung	730
B. Die Geltung von Pflichten aus der PSNR für Drittstaaten, die EU und die UN . .	731
C. Achtungs- und Gewährleistungspflicht	739
D. Schutz- und Sorgfaltspflicht in Bezug auf das extraterritorial wirkende Handeln von Personen im eigenen Hoheitsgebiet	755
E. Die Beachtung der PSNR des Volkes der Westsahara durch die EU im Rahmen ihres Assoziationsabkommens und ihrer Fischereiabkommen mit Marokko	760
F. Schlussfolgerungen	779

9. Kapitel

Die Pflicht zur Einhaltung und zur Durchsetzung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts, insbesondere der Genfer Abkommen	781
A. Einleitung	781
B. Die Geltung der Pflicht für Drittstaaten, die EU und die UN	783
C. Die Pflicht zur Einhaltung und zur Durchsetzung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts in Bezug auf Personen, deren Verhalten den Verpflichteten zurechenbar ist	787
D. Die Pflicht zur Durchsetzung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts in Bezug auf Personen unter der Hoheitsgewalt der Verpflichteten	789
E. Die Pflicht zur Durchsetzung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts in Bezug auf andere Staaten und nichtstaatliche bewaffnete Gruppen	794
F. Schlussfolgerungen	811

10. Kapitel

Die Pflichten zur Nichtanerkennung und Nichtunterstützung der Folgen schwerer <i>jus-cogens</i>-Verstöße	813
A. Einleitung	813
B. Die Tatbestandsvoraussetzungen mit Fokus auf die PSNR in Situationen der Fremdbestimmung	819
C. Die Rechtsfolgen der Pflichten zur Nichtanerkennung und Nichtunterstützung der Folgen schwerer Verstöße gegen die PSNR und PSNR-bezogene <i>jus-cogens</i> -Normen des humanitären Völkerrechts im Rahmen von völkerrechtswidrigen territorialen Situationen	844
D. Schlussfolgerungen	890
11. Kapitel	
Das Interventionsverbot	892
A. Einleitung	892
B. Das Interventionsverbot und der Schutz der PSNR	894
C. Der Tatbestand des Interventionsverbotes mit Bezug zur PSNR in Situationen der Fremdbestimmung	898
D. Schlussfolgerungen	907
Schlussbetrachtung	909
Literaturverzeichnis	916
Verzeichnis der völkerrechtlichen Verträge, der Rechtsprechung und weiterer Dokumente	997
Stichwortverzeichnis	1044

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	37
I. Gegenstand, Ziel und Gang der Untersuchung	37
II. Methodik und Forschungsstand	50
<i>1. Teil</i>	
Die dauerhafte Souveränität über natürliche Ressourcen	53
1. Kapitel	
Die Entwicklung der PSNR	53
A. Einleitung	53
B. Die formativen Phasen	55
I. Die PSNR als Recht auf freie Verfügung über natürliche Ressourcen	55
II. Die PSNR als kollektives Menschenrecht: Die Artikulation des Rechts auf freie Verfügung über natürliche Ressourcen in den Menschenrechtspakten	59
III. Die PSNR als Recht von Völkern und Staaten und der Fokus auf ausländische Investitionen: Die Deklaration der PSNR – Resolution 1803 (XVII) der UN-Generalversammlung von 1962	67
IV. Die PSNR als Bestandteil der Neuen Weltwirtschaftsordnung und als Ziel von Entwicklung	73
V. Die PSNR und Umweltschutz: Die Prinzipien der Erhaltung und der nachhaltigen Nutzung und Entwicklung	79
C. Die gegenwärtige Entwicklung der PSNR	83
I. Die PSNR als Aspekt der inneren Selbstbestimmung	84
II. Die PSNR in Situationen der Fremdbestimmung in nicht selbstregierten und besetzten Gebieten und in Gebieten unter der Kontrolle von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen	85
D. Schlussfolgerungen	87
2. Kapitel	
Die PSNR als Bestandteil des Selbstbestimmungsrechts: Völker als Träger und Begünstigte der PSNR und korrelierende Staatenpflichten	90
A. Einleitung	90

B. Die PSNR von Staatsvölkern	92
I. Die wirtschaftliche und die politische Dimension des Selbstbestimmungsrechts der Völker	94
II. Die äußere und die innere Dimension des Selbstbestimmungsrechts der Völker	98
III. Ein genauerer Blick auf Staatsvölker als Träger	110
IV. Inhalte der PSNR	115
1. Das Recht auf freie Verfügung über natürliche Ressourcen und auf freie Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung	115
a) Wirtschaftliches Selbstbestimmungsrecht des Volkes – Ausübung der PSNR durch den Staat	115
b) Prozedurale Rechte: Freiheit von Fremdbestimmung durch politische Partizipation und demokratische Strukturen	121
c) Gegenstand der prozeduralen Rechte: Die Ausübung der PSNR durch den Staat	123
d) Mit dem wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrecht korrespondierende Pflichten des Staates: Achtung, Schutz und Gewährleistung des wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechts	129
2. Das Verbot, ein Volk seiner eigenen Existenzmittel zu beraubten	136
3. Vorbehalt zur Einhaltung des Völkerrechts und Interpretations- und Kollisionsregeln zu Gunsten des wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechts	139
C. Die PSNR von Völkern im Sinne von ethnischen Gruppen	144
D. Schlussfolgerungen	160

3. Kapitel

Die PSNR als begrenzte staatliche Souveränität: Rechte und Pflichten von Staaten	166
A. Einleitung	166
B. Begrenzte territoriale Souveränität über natürliche Ressourcen	166
C. Das Recht zur Ausübung der PSNR und die Pflichten zur Achtung, zum Schutz und zur Gewährleistung der PSNR als wirtschaftliches Selbstbestimmungsrecht	171
I. Die Pflichten zur Achtung, zum Schutz und zur Gewährleistung der PSNR	172
II. Das Recht zur Ausübung der PSNR und daraus folgende Pflichten und Rechte	176
1. Das Recht auf freie Verfügung über natürliche Ressourcen	176
2. Einzelne Pflichten und Rechte	181
a) Umwelt- und Entwicklungsvölkerrecht	181
aa) Die Pflicht zur Erhaltung und zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen und das Prinzip nachhaltiger Entwicklung	181
bb) Das Schädigungsverbot	184
cc) Die Pflicht, das Vorsorgeprinzip zum Schutz der Umwelt und von natürlichen Ressourcen anzuwenden	185
b) Grenzüberschreitende natürliche Ressourcen	185

Inhaltsverzeichnis	15
c) Rohstoffvölkerrecht	186
aa) Internationales Wirtschafts- und Handelsrecht	187
bb) Internationales Rohstoffinvestitionsrecht und Investitionsschutzrecht	188
d) Die Pflichten zur Achtung, zum Schutz und zur Gewährleistung ressourcenbezogener Menschenrechte	191
e) Ansprüche auf Restitution und Schadensersatz	192
D. Schlussfolgerungen	196

4. Kapitel

Die Rechtsquellen und die Rechtsnatur der PSNR	198
A. Einleitung	198
B. Die PSNR als Norm des Völkervertragsrechts	198
C. Die PSNR als Norm des Völkergewohnheitsrechts	200
I. Nachweise für Praxis und <i>opinio juris</i>	201
1. Resolutionen der UN-Generalversammlung	205
2. Resolutionen des UN-Sicherheitsrates	210
3. Weitere Nachweise für Praxis und <i>opinio juris</i> in und von UN-Organen ..	211
4. Völkerrechtliche Verträge und ihr Kontext, insbesondere die Systeme der UN-Menschenrechtspakte und der ACHPR	214
5. Nationale Gesetzgebung	215
II. Rechtsprechung und Wissenschaft als Rechtserkenntnisquellen	215
III. Schlussfolgerungen	218
D. Die PSNR als Prinzip (Grundsatz) und als allgemeiner Rechtsgrundsatz des Völ- kerrechts	219
E. <i>Jus-cogens</i> - und <i>erga-omnes</i> -Eigenschaft der PSNR	224
I. <i>Jus-cogens</i> - und <i>erga-omnes</i> -Eigenschaft von Völkerrechtsnormen	225
II. <i>Jus-cogens</i> -Eigenschaft der PSNR	230
III. <i>Erga-omnes</i> -Eigenschaft der PSNR	242
F. Schlussfolgerungen	243

2. Teil

Die dauerhafte Souveränität über natürliche Ressourcen in Situationen der Fremdbestimmung: Pflichten der Inhaber der Gebietskontrolle 244

5. Kapitel

Die PSNR in nicht selbstregierten Gebieten	244
A. Einleitung	244

B. Das Selbstbestimmungsrecht von Völkern nicht selbstregierter Gebiete und die korrelierenden Pflichten von Verwaltungsmächten zur Achtung, zum Schutz und zur Gewährleistung dieses Rechts	246
I. Die politische Dimension	246
II. Die PSNR	260
1. Das Recht auf freie Verfügung über natürliche Ressourcen	260
a) Grundsätze	260
b) Die Westsahara als (Nicht-)Beispiel	266
aa) Der völkerrechtliche Status der Westsahara und die Bestimmung ihres Volkes als Träger des äußeren Selbstbestimmungsrechts	268
bb) Die Rechtmäßigkeit der Ausbeutung und Nutzung natürlicher Ressourcen der Westsahara als nicht selbstregiertes Gebiet	274
2. Das Verbot, das Volk eines nicht selbstregierten Gebietes seiner eigenen Existenzmittel zu berauben	280
C. Weitere PSNR-bezogene Pflichten von Verwaltungsmächten	282
I. Menschenrechte	283
II. Seerecht	283
D. Schlussfolgerungen	287

6. Kapitel

Die PSNR in besetzten Gebieten	289
A. Einleitung	289
B. Das Besatzungsrecht	293
I. Entwicklung, Rechtsquellen und Rechtsnatur des Besatzungsrechts	294
1. Entwicklung und Rechtsquellen	294
2. <i>Jus-cogens-</i> und <i>erga-omnes</i> -Eigenschaft	300
II. Sachlicher und räumlicher Anwendungsbereich des Besatzungsrechts	308
1. Effektive Gebietskontrolle als konstitutives Merkmal für Beginn und Ende einer Besetzung	313
2. Anwendbarkeit des Besatzungsrechts in Meeresgebieten	316
III. Personaler Anwendungsbereich des Besatzungsrechts und Verantwortlichkeit des Besatzerstaates	319
1. Träger der Pflichten und Rechte	319
2. Die Pflicht zur Einhaltung und zur Durchsetzung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts, insbesondere der Genfer Abkommen, in Bezug auf Staatsorgane und Personen, deren Verhalten einem Besatzer zurechenbar ist	321
C. Pflichten und Kompetenzen von Besatzern in Bezug auf PSNR-relevantes Verhalten	325
I. PSNR-relevantes Verhalten von Besatzern	325

II. Die grundlegenden Pflichten und die aus ihnen folgenden Kompetenzen eines Besetzers im Lichte der PSNR	328
1. Art. 43 HLKO und Art. 64 Abs. 2 GK IV als Grundnormen des Besatzungsrechts	329
a) Art. 43 HLKO	329
b) Art. 64 Abs. 2 GK IV	334
2. Der Maßstab für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit des Verhaltens eines Besetzers im Kontext der Verwaltung des besetzten Gebietes	336
a) Konvergenz und systemische Integration von Art. 43 HLKO und Art. 64 Abs. 2 GK IV und der PSNR	338
b) Konvergenz und systemische Integration von Art. 43 HLKO und Art. 64 Abs. 2 GK IV und der PSNR in sachlicher Hinsicht	361
aa) Die Pflicht zur Verwaltung des besetzten Gebietes und zur Beibehaltung und Einhaltung der Rechtsordnung	361
bb) Die Rechtmäßigkeit PSNR-bezogener Rechtsakte und anderer Maßnahmen, die vom rechtlichen Status quo abweichen	364
(1) Begründung und Beschränkung der Kompetenzen durch besatzungsrechtliche Pflichten im Lichte der PSNR	366
(2) Begründung und Beschränkung der Kompetenzen durch weitere völkerrechtliche Pflichten mit Ursprung jenseits des Besatzungsrechts	380
(3) Fokus: Kompetenz eines Besetzers zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge für das besetzte Gebiet	387
(4) Fazit zur Rechtmäßigkeit PSNR-bezogener Rechtsakte und Maßnahmen	389
c) Konvergenz und systemische Integration der personalen Anwendungsbereiche von Art. 43 HLKO, Art. 64 Abs. 2 GK IV und der PSNR	391
aa) Träger der Pflichten	391
bb) Träger der Rechte und Begünstigte	392
3. <i>Jus-cogens</i> -Eigenschaft von Art. 43 HLKO und Art. 64 Abs. 2 GK IV	399
III. PSNR-relevante Pflichten und Kompetenzen über die Finanz- und Wirtschaftsverwaltung	404
1. Die Pflicht und die Kompetenz zur Finanz- und Wirtschaftsverwaltung und damit einhergehende Zugriffe auf die wirtschaftlichen Ressourcen des besetzten Gebietes	404
a) Steuern, Zölle, Gebühren und Kontributionen	406
b) Das staatliche (Geld-)Vermögen	406
2. Beschränkungen des Zwecks und des Umfangs von Zugriffen auf die wirtschaftlichen Ressourcen des besetzten Gebietes und das Verbot der Spoliation im Lichte der PSNR	408
a) Teleologisch-systematische Auslegung der Regeln der HLKO	409
aa) Auslegung in den Nürnberger Prozessen	411
bb) Nachfolgende Bestätigung der Nürnberger Grundsätze	415

b) Auslegung im Lichte der PSNR	416
c) Praxis und <i>opinio juris</i> im Kontext der Besetzung des Iraks	418
IV. PSNR-relevante Regeln über den Eigentumsschutz und Eigentumsnutzungsrechte und -pflichten	421
1. Der Grundsatz des Eigentumsschutzes im Besetzungsrecht	422
a) Eigentumsschutz in bewaffneten Konflikten im Allgemeinen	423
b) Eigentumsschutz in besetzten Gebieten im Besonderen	426
c) Gegenständlich-persönlicher Anwendungsbereich des Grundsatzes im Lichte der PSNR	432
aa) Eigentum und Eigentums- und Nutzungsrechte des besetzten Staates und privater natürlicher und juristischer Personen nach der nationalen Rechtsordnung	432
bb) Geschütztes „feindliches Eigentum“	437
2. Unbewegliches Staatseigentum: Beschränktes Nießbrauchsrecht – Art. 55 HLKO	441
a) Die grundlegenden Pflichten des besetzungsrechtlichen Nießbrauchsrechts	443
b) Anwendung der Regel auf natürliche Ressourcen	449
aa) Von den Pflichten erfasste natürliche Ressourcen	452
(1) Die Pflichten zur Verwaltung, Erhaltung und Nutzung der staatlichen, eigentumsfreien oder einem Gemeineigentum zugeordneten natürlichen Ressourcen	452
(2) Die Pflicht zur Ausübung des Fruchtziehungsrechts durch den Besatzer	454
(a) Nachwachsende natürliche Ressourcen	454
(b) Nicht nachwachsende natürliche Ressourcen	457
(aa) Auslegung nach dem Wortlaut	457
(bb) Auslegung unter Rückgriff auf nationale Rechtsordnungen	459
(cc) Auslegung im Lichte der PSNR	464
bb) Inhalts- und Schrankenbestimmungen der Pflichten zur Verwaltung, Erhaltung und Nutzung, insbesondere zur Fruchtziehung	468
(1) Die Pflicht zur Erhaltung des Vermögensbestandes und zur nachhaltigen Nutzung	470
(2) Verwendungszwecke, Umfang und eigentumsrechtliche Rechtsfolgen	474
(a) Auslegung unter Rückgriff auf nationale Rechtsordnungen	474
(b) Teleologisch-systematische Auslegung im Lichte der PSNR	479
(aa) Nutzung natürlicher Ressourcen und Verwendung der Früchte und Erlöse gemäß den Regeln der bestehenden Rechtsordnung	479

(bb) Nutzung natürlicher Ressourcen und Verwendung der Früchte und Erlöse auf Grundlage legislativer und exekutiver Akte und eingreifender Maßnahmen nach Art. 43 und 55 HLKO	483
3. Bewegliches Staatseigentum	496
a) Pflicht zur Verwaltung und Grundsatz des Eigentumsschutzes	496
b) Beschlagnahme beweglichen Staatseigentums – Art. 53 Abs. 1 HLKO	497
aa) Von der Regel erfasste natürliche Ressourcen	499
bb) Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen, insbesondere Beschränkungen des Verwendungszwecks und Umfangs	502
c) Staatsunternehmen und ihr Vermögen als bewegliches Eigentum	509
4. Requisition privater Natural- und Dienstleistungen – Art. 52 HLKO	510
a) Beschränkung des Grundes und des Verwendungszwecks	511
b) Beschränkung des Umfangs	516
c) Verfahren und eigentumsrechtliche Rechtsfolgen	518
5. Beschlagnahme von <i>munitions de guerre</i> – Art. 53 Abs. 2 HLKO	519
a) Der Begriff „ <i>munitions de guerre</i> “	520
b) Rohöl und gebrauchsfertige Öl- und Gaserzeugnisse als <i>munitions de guerre</i>	525
6. Enteignung von Privateigentum nach den Regeln der bestehenden Rechtsordnung	529
7. Zerstörung und Wegnahme – Art. 23 (g) HLKO und Art. 53 GK IV	531
a) Anwendungsbereich	532
aa) Anwendbarkeit von Art. 23 (g) HLKO im Besetzungskontext	532
bb) Überschneidungen mit den Regeln über Angriffshandlungen	535
b) Tatbestandsvoraussetzungen	536
aa) Geschütztes „feindliches Eigentum“	536
bb) Zerstörung im Fall dringender Notwendigkeit durch die Erfordernisse des Krieges und im Fall unbedingter Erforderlichkeit in Kampfhandlungen	536
cc) Wegnahme im Fall dringender Notwendigkeit durch die Erfordernisse des Krieges	539
V. PSNR-relevante Verbotsnormen des humanitären Völkerrechts und entsprechende Kriegsverbrechenstatbestände	541
1. Die Bedeutung der Ausformungen der Verbotsnormen als Kriegsverbrechenstatbestände für die Pflichten eines Besetzers	542
a) Verhalten, das einem Besatzer als eigenes zurechenbar ist	544
aa) Parallelität und Verschränkung von Staatenverantwortlichkeit und individueller völkerstrafrechtlicher Verantwortlichkeit	544
bb) Korrelation zwischen Kriegsverbrechen, schweren Verstößen gegen PSNR-bezogene <i>jus-cogens</i> -Normen des humanitären Völkerrechts und schweren Verstößen gegen die PSNR	548

b) Verhalten von Personen unter der Hoheitsgewalt eines Besetzers, das diesem nicht zurechenbar ist	554
aa) Die Pflicht zur Durchsetzung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts, insbesondere der Genfer Abkommen, in Bezug auf Personen unter der Hoheitsgewalt eines Besetzers	555
bb) Die Sorgfaltspflicht eines Besetzers zur Verhinderung von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht durch Private im besetzten Gebiet	559
2. Das Verbot und der Kriegsverbrechenstatbestand der Zerstörung oder Wegnahme von Eigentum	560
a) Anwendungsbereich	562
aa) Auslegung im Lichte der zu Grunde liegenden Verbotsnormen	562
bb) Systematische unrechtmäßige Ausbeutung und Nutzung natürlicher Ressourcen als Teil der Besatzungspolitik: Die Rechtsprechung des IMT und der NMT	565
b) Tatobjekt	568
aa) Geschütztes „feindliches Eigentum“	568
bb) Die Wirtschaftskraft des besetzten Gebietes	571
c) Tathandlung	572
d) Erheblichkeitsschwelle	577
e) Tatbestandsausnahme	577
f) Subjektive Tatbestandsvoraussetzungen	580
g) „Besatzungswirtschaftsstrafrecht“ – systematische Ressourcenausbeutung und Formen der Eigentumsentziehung eines Besetzers und individuelle Strafbarkeit	581
3. Das Verbot und der Kriegsverbrechenstatbestand der Plünderung	584
a) Anwendungsbereich	585
aa) Auslegung im Lichte der Entstehungsgeschichte und der zu Grunde liegenden Verbotsnormen	585
bb) Systematische unrechtmäßige Ausbeutung und Nutzung natürlicher Ressourcen zu privaten Zwecken als Plünderung	589
b) Tatobjekt	593
aa) Geschütztes Eigentum	593
bb) Die Wirtschaftskraft des besetzten Gebietes	596
c) Tathandlung	596
d) Erheblichkeitsschwelle	602
e) Tatbestandsausnahme	603
f) Subjektive Tatbestandsvoraussetzungen	605
g) „Wirtschaftsvölkerstrafrecht“ – Ressourcenausbeutung und Formen der Eigentumsentziehung durch private Wirtschaftsunternehmer als Teil der Besatzungspolitik und individuelle Strafbarkeit	610
4. Der Kriegsverbrechenstatbestand der Zerstörung und Aneignung von Eigentum in großem Ausmaß	614

5. Die Verbote der zwangsweisen Überführung und Vertreibung und der Ansiedlung und die Kriegsverbrechenstatbestände der Vertreibung und Überführung	619
a) Zwangsweise Überführung und Vertreibung	620
b) Ansiedlung	623
6. Das Verbot und der Kriegsverbrechenstatbestand des Aushungerns von Zivilpersonen	631
a) Ursprung und Anwendungsbereich	632
b) Tatbestand	633
7. Natürliche Ressourcen und die natürliche Umwelt schützende Regeln im Kontext von Kampfhandlungen und entsprechende Kriegsverbrechen	638
a) Das Verbot und der Kriegsverbrechenstatbestand des Angriffs auf zivile Objekte	641
b) Das Verbot und der Kriegsverbrechenstatbestand des Angriffs mit unverhältnismäßigen (Begleit-)Schäden an zivilen Objekten	643
c) Das Verbot der Verursachung ausgedehnter, langanhaltender und schwerer Schäden an der natürlichen Umwelt und der Kriegsverbrechenstatbestand des Angriffs mit unverhältnismäßigen (Begleit-)Schäden an der natürlichen Umwelt	644
D. Schlussfolgerungen	649

7. Kapitel

Die PSNR in Gebieten unter der Kontrolle von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen und in komplexen Konfliktsituationen	653
A. Einleitung	653
B. Pflichten nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen in Bezug auf PSNR-relevantes Verhalten in grundständigen nichtinternationalen bewaffneten Konflikten	660
I. Die partielle Völkerrechtspersönlichkeit nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen und ihre völkerrechtlichen Bindungen	660
1. Die Völkerrechtspersönlichkeit und Bindung nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen im Recht des nichtinternationalen bewaffneten Konflikts	660
2. Nichtstaatliche bewaffnete Gruppen als Trägerinnen der Pflichten – und korrespondierender Rechte – aus der PSNR	666
II. Regeln über die Ausübung von Gebietskontrolle in nichtinternationalen bewaffneten Konflikten	680
1. Humanitär-völkerrechtliche Regeln	681
2. Nichtstaatliche bewaffnete Gruppen als Trägerinnen der Pflichten aus PSNR-bezogenen Menschenrechten	690
III. PSNR-relevante Verbotsnormen des humanitären Völkerrechts und entsprechende Kriegsverbrechenstatbestände	694
1. Die Bedeutung der Ausformungen der Verbotsnormen als Kriegsverbrechenstatbestände für die Pflichten nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen ..	694

2. Das Verbot und der Kriegsverbrechenstatbestand der Zerstörung oder Wegnahme von Eigentum	699
3. Das Verbot und der Kriegsverbrechenstatbestand der Plünderung	703
4. Das Verbot und der Kriegsverbrechenstatbestand der Anordnung der Verlegung der Zivilbevölkerung	707
5. Das Verbot und der Kriegsverbrechenstatbestand des Aushunterns von Zivilpersonen	708
6. Natürliche Ressourcen und die natürliche Umwelt schützende Regeln über Kampfhandlungen und entsprechende Kriegsverbrechenstatbestände	711
C. Pflichten nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen in Bezug auf PSNR-relevantes Verhalten in komplexen Konfliktsituationen	713
I. Die Anwendbarkeit des Besetzungsrechts in komplexen Konfliktsituationen	715
II. Der Konflikt in der Ostukraine 2014–2022, die Anwendbarkeit des Besetzungsrechts und dessen Relevanz für die PSNR	722
D. Schlussfolgerungen	727

3. Teil

Die dauerhafte Souveränität über natürliche Ressourcen in Situationen der Fremdbestimmung: Pflichten der Drittstaaten, der EU und der UN	730
---	-----

8. Kapitel

Die Pflichten zur Achtung, zum Schutz und zur Gewährleistung der PSNR	730
A. Einleitung	730
B. Die Geltung von Pflichten aus der PSNR für Drittstaaten, die EU und die UN ..	731
C. Achtungs- und Gewährleistungspflicht	739
I. Inhalte	739
II. Auswirkungen der Pflichten	747
1. Völkerrechtliche Verträge	747
2. Ressourcenausbeutung und andere ressourcenbezogene Aktivitäten	753
D. Schutz- und Sorgfaltpflicht in Bezug auf das extraterritorial wirkende Handeln von Personen im eigenen Hoheitsgebiet	755
E. Die Beachtung der PSNR des Volkes der Westsahara durch die EU im Rahmen ihres Assoziationsabkommens und ihrer Fischereiabkommen mit Marokko	760
I. Rechtliche und politische Ausgangslage	763
1. Marokkos rechtlicher Status in Bezug auf die Westsahara und Marokkos politischer Standpunkt	763
2. Politischer Standpunkt der EU	764
II. Das Assoziationsabkommen und das Verfahren der Frente Polisario gegen den Rat	766

III. Das partnerschaftliche Fischereiabkommen und das Verfahren <i>Western Sahara Campaign</i>	772
IV. Neuabschluss von Abkommen und neue Verfahren vor dem EuG und dem EuGH	775
F. Schlussfolgerungen	779

9. Kapitel

Die Pflicht zur Einhaltung und zur Durchsetzung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts, insbesondere der Genfer Abkommen	781
A. Einleitung	781
B. Die Geltung der Pflicht für Drittstaaten, die EU und die UN	783
C. Die Pflicht zur Einhaltung und zur Durchsetzung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts in Bezug auf Personen, deren Verhalten den Verpflichteten zurechenbar ist	787
D. Die Pflicht zur Durchsetzung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts in Bezug auf Personen unter der Hoheitsgewalt der Verpflichteten	789
E. Die Pflicht zur Durchsetzung der Einhaltung des humanitären Völkerrechts in Bezug auf andere Staaten und nichtstaatliche bewaffnete Gruppen	794
F. Schlussfolgerungen	811

10. Kapitel

Die Pflichten zur Nichtanerkennung und Nichtunterstützung der Folgen schwerer <i>jus-cogens</i>-Verstöße	813
A. Einleitung	813
B. Die Tatbestandsvoraussetzungen mit Fokus auf die PSNR in Situationen der Fremdbestimmung	819
I. Namibia als prägendes Beispiel: Eine völkerrechtswidrige territoriale Situation infolge eines schweren Verstoßes gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die PSNR im Besonderen	819
II. Die PSNR in Situationen der Fremdbestimmung in nicht selbstregierten und besetzten Gebieten und in De-facto-Regimen	822
1. Schwere Verstöße gegen die PSNR und PSNR-bezogene <i>jus-cogens</i> -Normen des humanitären Völkerrechts im Rahmen von völkerrechtswidrigen territorialen Situationen	822
2. Schwere Verstöße gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, insbesondere die PSNR, als Ursachen für völkerrechtswidrige territoriale Situationen	831
a) Palästinensische Gebiete	831
b) Nordzypern	835
c) Westsahara	836
d) Krim	838

III. Die PSNR in Situationen der Fremdbestimmung in nichtinternationalen bewaffneten Konflikten als Grund der Pflichten zur Nichtanerkennung und Nichtunterstützung	841
C. Die Rechtsfolgen der Pflichten zur Nichtanerkennung und Nichtunterstützung der Folgen schwerer Verstöße gegen die PSNR und PSNR-bezogene <i>jus-cogens</i> -Normen des humanitären Völkerrechts im Rahmen von völkerrechtswidrigen territorialen Situationen	844
I. Grundsätze	844
1. Pflicht zur Nichtanerkennung	844
2. Pflicht zur Nichtunterstützung	845
3. Ausnahme	849
4. Internationale Zusammenarbeit und Solidarität	851
II. Völkerrechtliche Verträge	852
1. Die Anwendbarkeit der Assoziations- und Fischereiabkommen der EU auf besetzte Gebiete in Palästina und der Westsahara	854
a) Palästinensische Gebiete	855
b) Westsahara	859
2. Die Anwendbarkeit des Investitionsschutzvertrags zwischen der Ukraine und Russland auf die Krim	862
3. Rohstoffkonzessions- und Rohstofflieferverträge	866
III. Andere Handlungen, die gegen die Pflichten zur Nichtanerkennung und Nichtunterstützung verstößen	869
1. Ressourcenausbeutung und -nutzung durch einen Drittstaat	871
2. Import von Rohstoffen und Erzeugnissen, Leistung von Finanzmitteln und andere Unterstützungshandlungen	872
a) Ursprungszeugnisse und zollrechtliche Präferenzbehandlung	873
aa) Nordzypern	874
bb) Palästinensische Gebiete	876
b) Subventionen	879
3. Duldung privater Wirtschaftsbeziehungen mit einem Besitzer oder Privaten im besetzten Gebiet	881
4. Duldung falscher Ursprungsbezeichnungen von Erzeugnissen	885
D. Schlussfolgerungen	890

11. Kapitel

Das Interventionsverbot	892
A. Einleitung	892
B. Das Interventionsverbot und der Schutz der PSNR	894
C. Der Tatbestand des Interventionsverbotes mit Bezug zur PSNR in Situationen der Fremdbestimmung	898
I. Die PSNR in besetzten Gebieten	898

Inhaltsverzeichnis	25
II. Die PSNR in Gebieten unter der Kontrolle von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen	900
D. Schlussfolgerungen	907
Schlussbetrachtung	909
Literaturverzeichnis	916
I. Wissenschaftliche Publikationen	916
II. Lexikalische Einträge	993
III. Publikationen von Nichtregierungsorganisationen	993
IV. Journalistische Publikationen	994
Verzeichnis der völkerrechtlichen Verträge, der Rechtsprechung und weiterer Dokumente	997
I. Völkerrechtliche Verträge	997
II. Rechtsprechung internationaler Gerichte	1000
III. Rechtsprechung nationaler Gerichte	1007
IV. Resolutionen, Entscheidungen, Rechtsakte und andere Dokumente internatio- naler Organisationen	1011
V. Nationale Rechtsakte und Dokumente	1037
Stichwortverzeichnis	1044

Abkürzungsverzeichnis

AAAG	Annals of the Association of American Geographers
ABAJ	American Bar Association Journal
ABI.	Amtsblatt der Europäischen Union
ABIKR	Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland
Abs.	Absatz/Absätze
ACDI	Anuario Colombiano de Derecho Internacional
ACHPR	African Charter on Human and Peoples' Rights/Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker
ACHR	American Convention on Human Rights/Amerikanische Menschenrechtskonvention
ACJHR	African Court of Justice and Human Rights
AComHPR	African Commission on Human and Peoples' Rights/Afrikanische Kommission der Menschenrechte und der Rechte der Völker
ACourtHPR	African Court on Human and Peoples' Rights/Afrikanisches Gericht der Menschenrechte und der Rechte der Völker
AD	Annual Digest of Public International Law Cases/Annual Digest and Reports of Public International Law Cases (1940 – 1955)
AEDI	Anuario Español de Derecho Internacional
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte/Universal Declaration of Human Rights
AER	American Economic Review
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AFDI	Annuaire Français de Droit International
AIDI	Annuaire de l'Institut de Droit international
AJIL	American Journal of International Law
AJLS	African Journal of Legal Studies
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AREAC	Draft Articles on the Effects of Armed Conflicts on Treaties/Entwurfsartikel über die Wirkungen bewaffneter Konflikte auf völkerrechtliche Verträge
ARIO	Draft Articles on the Responsibility of International Organisations/Entwurfsartikel über die Verantwortlichkeit internationaler Organisationen
ARLP	Arctic Review on Law and Politics
Art.	Artikel/Artikeln
AsianJIL	Asian Journal of International Law
AsianSR	Asian Studies Review
ASR	Draft Articles on State Responsibility/Entwurfsartikel über die Staatenverantwortlichkeit
ATS	Australian Treaty Series
AUILR	American University International Law Review
AVR	Archiv des Völkerrechts

AWG	The Arab World Geographer
AWZ	Ausschließliche Wirtschaftszone
AYIL	African Yearbook of International Law
Bandred.	Bandredakteur
BBI.	Schweizerisches Bundesblatt
BDGIR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Internationales Recht
Bearb.	Bearbeiterin/Bearbeiter
Begr.	Begründerin/Begründer
BerkeleyJIL	Berkeley Journal of International Law
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BHRJ	Business and Human Rights Journal
BIT	bilaterale(r) Investitionsschutzvertrag/Investitionsschutzverträge
BJC	The British Journal of Criminology
BJMES	British Journal of Middle Eastern Studies
BMDC	Boletín Mexicano de Derecho Comparado (nueva serie)
BO	Bulletin Officiel (Königreich Marokko)
BrooklynJIL	Brooklyn Journal of International Law
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BYIL	British Yearbook of International Law
bzgl.	bezüglich
c.	contre (gegen)
CE	Civitas Europa
CEPS	Centre for European Policy Studies
CERDS	Charter of Economic Rights and Duties of States/Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten
CESCR	Committee on Economic, Social and Cultural Rights/Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
CHG	Cahiers d'histoire de la guerre
ChicagoJIL	Chicago Journal of International Law
ChineseJIL	Chinese Journal of International Law
CHR	Commission on Human Rights des United Nations Economic and Social Council
CI	Caucasus International
CILJ	Cambridge International Law Journal
CILJSA	Comparative and International Law Journal of Southern Africa
CJICL	Cambridge Journal of International and Comparative Law
CJTL	Columbia Journal of Transnational Law
CLF	Criminal Law Forum
CLP	Current Legal Problems
CLR	Cornell Law Review
CMLR	Common Market Law Review
CP	The Contemporary Pacific
CRIA	Cambridge Review of International Affairs
CTYILA	Chinese (Taiwan) Yearbook of International Law and Affairs
CW	Civil Wars
CWRJIL	Case Western Reserve Journal of International Law
d.	der/die/das/des

ders.	derselbe
dies.	dieselbe/dieselben
DJILP	Denver Journal of International Law & Policy
DLR	Deakin Law Review
DR	Demokratische(n) Republik
ECLR	European Constitutional Law Review
ECOSOC	United Nations Economic and Social Council/Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
ECOSOC OR	Official Records of the Economic and Social Council
ECOWAS	Economic Community of West African States/Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft
EEAS	European External Action Service
EFAR	European Foreign Affairs Review
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
e. g.	exempli gratia
EG	Europäische Gemeinschaften
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EJIL	European Journal of International Law
EL	Environmental Law
ELR	European Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EP	European Papers
EP-Dok.	Dokumentennummer des Europäischen Parlaments
et al.	et alii/et aliae/et alia
ETS	Council of Europe Treaty Series
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWCA Civ	Court of Appeal of England and Wales (Civil Division)
EWHC	High Court of England and Wales
EWLR	Europe and the World: A law review
EYIEL	European Yearbook of International Economic Law
FILJ	Fordham International Law Journal
Fn.	Fußnote/Fußnoten
FordhamLR	Fordham Law Review
FR	Federal Register
Frente Polisario	Frente Popular para la Liberación de Saguia el-Hamra y de Río de Oro
FW	Die Friedens-Warte
GA	United Nations General Assembly/Generalversammlung der Vereinten Nationen
GAOR	Official Records of the General Assembly
GA Res.	United Nations General Assembly Resolution/Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GC	Global Constitutionalism
GCPS	Global Change, Peace & Security

GELR	Georgetown Environmental Law Review
GeoJIL	Georgetown Journal of International Law
GG	Global Governance
GK	Genfer Konventionen/Abkommen
GK I	Erste Genfer Konvention/I. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde/Geneva Convention for the Amelioration of the Condition of the Wounded and Sick in Armed Forces in the Field of August 12, 1949
GK II	Zweite Genfer Konvention/II. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See/Geneva Convention for the Amelioration of the Condition of the Wounded, Sick and Shipwrecked Members of Armed Forces at Sea of August 12, 1949
GK III	Dritte Genfer Konvention/III. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über die Behandlung der Kriegsgefangenen/Geneva Convention Relative to the Treatment of Prisoners of War of August 12, 1949
GK IV	Vierte Genfer Konvention/IV. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten/Geneva Convention Relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War of August 12, 1949
GlAf	Global Affairs
GMILJ	George Mason International Law Journal
GoJIL	Goettingen Journal of International Law
GURTAS	Gazette of the United Republic of Tanzania, Acts Supplement
GWILR	The George Washington International Law Review
GYIL	German Yearbook of International Law
HA II	Zweites Haager Abkommen/Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs vom 29.7.1899
HA IV	Viertes Haager Abkommen/Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs vom 18.10.1907
HarvardILJ	Harvard International Law Journal
HarvardLR	Harvard Law Review
Hg.	Herausgeberin/Herausgeber
HICLR	Hastings International and Comparative Law Review
HJRL	Hague Journal on the Rule of Law
HLKO	Haager Landkriegsordnung/Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs
HoustonJIL	Houston Journal of International Law
HRC	Human Rights Council/Menschenrechtsrat
HRCom	Human Rights Committee/Menschenrechtsausschuss
HRLJ	Human Rights Law Journal
HRLR	Human Rights Law Review
HRQ	Human Rights Quarterly
HRR	Human Rights Review
HuV	Humanitäres Völkerrecht
HuV-I	Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften
HVO	Hrvatsko vijeće obrane/Kroatischer Verteidigungsrat
HYIL	Hague Yearbook of International Law

IA	International Affairs
IAC	international armed conflict(s)
IACHR	Inter-American Court of Human Rights/Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
IaP	Ideology and Politics
ICLJ	ICL Journal – Vienna Journal on International Constitutional Law
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
ICLR	International Community Law Review
ICompLR	International and Comparative Law Review
ICRC	International Committee of the Red Cross/Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ICrimLR	International Criminal Law Review
ICTR	International Criminal Tribunal for Rwanda/Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia/Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
IEA	International Environmental Agreements
IFTA	Vereinigte-Staaten-Israel-Freihandelsabkommen
IG	Inter Gentes
IGH	Internationaler Gerichtshof
IHL	international humanitarian law
IHLS	International Humanitarian Legal Studies
II	International Interactions
IJEL	Irish Journal of European Law
IJHR	International Journal of Human Rights
IJMCL	International Journal of Marine and Coastal Law
IJMGR	International Journal on Minority and Group Rights
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ILA	International Law Association
ILC	International Law Commission
ILP	New York University Journal of International Law and Politics
ILR	International Law Reports
ILS	International Law Studies
IMT	Internationales Militärtribunal
IndianJIL	Indian Journal of International Law
insbes.	insbesondere
IO	International Organisation
IP	International Peacekeeping
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPwskR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
Iran-US CTR	Iran-United States Claims Tribunal Reports
IrishYIL	Irish Yearbook of International Law
IRRC	International Review of the Red Cross
ISJ	Island Studies Journal
IsrLR	Israel Law Review
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
ItalianYIL	Italian Yearbook of International Law
i. V. m.	in Verbindung mit

IWL	International Water Law
IYHR	Israel Yearbook on Human Rights
JAIL	Japanese Annual of International Law
JCAS	Journal of Contemporary African Studies
JCMS	Journal of Common Market Studies
JCSL	Journal of Conflict and Security Law
JDI	Journal du Droit International
JdÖRdG	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JEAS	Journal of Eastern African Studies
JEI	Journal of European Integration
JEMIE	Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe
JG	Jus Gentium
JGS	Justizgesetzsammlung (Republik Österreich)
JHIL	Journal of the History of International Law
JHRP	Journal of Human Rights Practice
JI	Juriste International
JIA	Journal of International Arbitration
JiaöR	Jahrbuch für internationales und ausländisches öffentliches Recht
JICJ	Journal of International Criminal Justice
JIDS	Journal of International Dispute Settlement
JIHLS	Journal of International Humanitarian Legal Studies
JILE	The Journal of International Law and Economics
JILI	Journal of the Indian Law Institute
JIS	Journal of Intervention and Statebuilding
JJZG	Jahrbuch der Juristischen Zeitgeschichte
JLA	Journal of Legal Analysis
JMEH	Journal of Modern European History/Zeitschrift für moderne europäische Geschichte/Revue d'histoire européenne contemporaine
JNAS	Journal of North African Studies
JORF	Journal officiel de la République française
JPH	The Journal of Pacific History
JPS	Journal of Palestine Studies
JSF	Journal of Sustainable Forestry
JSM	Journal of Sustainable Metallurgy
JSS	The Journal of Strategic Studies
JWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
JWT	Journal of World Trade
JWTL	Journal of World Trade Law
JZ	Juristenzeitung
Kommissionsdok.	Dokumentennummer der Europäischen Kommission
LCP	Law and Contemporary Problems
LEADJ	Law, Environment and Development Journal
LEP	L'Espace Politique
LJIL	Leiden Journal of International Law
LouisLR	Louisiana Law Review
LoyLAICLR	Loyola of Los Angeles International and Comparative Law Review
LQRev	Law Quarterly Review
LR	Lex Russica

LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
ME	Mineral Economics
MichiganLR	Michigan Law Review
MichiganSILR	Michigan State International Law Review
MinnesotaJIL	Minnesota Journal of International Law
MJIL	Melbourne Journal of International Law
MLLWR	Military Law and the Law of War Review/Revue de droit militaire et de droit de la guerre
MPUNYB	Max Planck Yearbook of United Nations Law
MRM	Menschenrechts-Magazin
MStGB	Militärstrafgesetzbuch
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Nachw.	Nachweise/Nachweisen
NCJILF	North Carolina Journal of International Law Forum
NGO	non-governmental organization/Nichtregierungsorganisation
NiemeyersZIR	Niemeyers Zeitschrift für internationales Recht
NigerianYIL	Nigerian Yearbook of International Law
NILR	Netherlands International Law Review
NJHR	Nordic Journal of Human Rights
NJIL	Nordic Journal of International Law
NMT	Nürnberger Militärtribunal/Militärtribunale
no.	nummer/numero
NQHR	Netherlands Quarterly of Human Rights
Nr.	Nummer
NRF	Natural Resources Forum
NRJ	Natural Resources Journal
NTC	National Transitional Council/Nationaler Übergangsrat
NULR	Northwestern University Law Review
NV	Nomiko Vima (NOMIKO BHMA)
NYIL	Netherlands Yearbook of International Law
NYUJILP	New York University Journal of International Law and Politics
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OAS	Organization of American States/Organisation Amerikanischer Staaten
OAS-Dok.	Dokumentennummer der Organisation Amerikanischer Staaten
OceanYbk	Ocean Yearbook
ODIL	Ocean Development and International Law
OE	Osteuropa
OER	Osteuropa-Recht
OHCHR	Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights
OHLJ	Osgoode Hall Law Journal
o. J.	ohne Jahresangabe
OSZE-J	OSZE-Jahrbuch
PalestineYIL	Palestine Yearbook of International Law
Para.	Paragraph
PC	Philosophy Compass
PCA	Permanent Court of Arbitration/Ständiger Schiedshof
PCIJ	Permanent Court of International Justice/Ständiger Internationaler Gerichtshof

PCLJ	Public Contract Law Journal
PD	Piskei Din
PLO	Palestine Liberation Organization/Palästinensische Befreiungsorganisation
PPA	Philosophy and Public Affairs
PPE	Politics, Philosophy & Economics
PPSY	Polish Political Science Yearbook
Präambelabs.	Präambelabsatz/Präambelabsätze
PRLPJ	Pacific Rim Law & Policy Journal
PSELR	Penn State Environmental Law Review
PSNR	dauerhafte Souveränität über natürliche Ressourcen/permanent sovereignty over natural resources
PVS	Politische Vierteljahresschrift
QIL	Questions of International Law
Ratsdok.	Dokumentennummer des Rates der Europäischen Union
RBDI	Revue Belge de Droit International
RdC	Recueil des Cours
RDILC	Revue de droit international et de législation comparée
RDTAM	Recueil des décisions des tribunaux arbitraux mixtes institués par les traités de paix
RECIEL	Review of European, Comparative and International Environmental Law
REDI	Revue Égyptienne de Droit International
RGBI.	Reichsgesetzblatt
RGDIP	Revue Générale de Droit International Public
RGLA	Recueil général des lois et des arrêts
RIAA	Reports of International Arbitral Awards
RIS	Review of International Studies
Rn.	Randnummer/Randnummern
ROAPE	Review of African Political Economy
RSER	Renewable and Sustainable Energy Reviews
S.	Seite/Seiten/Satz
SADR	Saharausche Arabische Demokratische Republik/Demokratische Arabische Republik Sahara
SC	United Nations Security Council/Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
SCJIL	Santa Clara Journal of International Law
SCOR	Official Records of the Security Council
SCR	Canada Supreme Court Records
SC Res.	United Nations Security Council Resolution/Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen
SCSL	Special Court for Sierra Leone/Sondergerichtshof für Sierra Leone
SF	Seqüência (Florianópolis)
SG	Sozial.Geschichte
SIJHR	Sur – International Journal on Human Rights
SJILC	Syracuse Journal of International Law and Commerce
Sp.	Spalte/Spalten
SRIEL	Swiss Review of International and European Law
SRÜ	Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen/United Nations Convention on the Law of the Sea

Stat.	United States Statutes at Large
SuffolkTLR	Suffolk Transnational Law Review
SYIL	Spanish Yearbook of International Law
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
TexasLR	Texas Law Review
TGS	Transactions of the Grotius Society
TWC	Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10
TWQ	Third World Quarterly
u. a.	unter anderem
UCDJILP	U. C. Davis Journal of International Law & Policy
UCLALR	UCLA Law Review
UGhanaLJ	University of Ghana Law Journal
UJIEL	Utrecht Journal of International and European Law
UN	United Nations/Vereinte(n) Nationen
UNC	Charter of the United Nations/Charta der Vereinten Nationen
UN-Dok.	Dokumentennummer der Vereinten Nationen
UNDPIP	United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples/Erklärung der UN zu den Rechten indigener Völker
UNEP	United Nations Environment Programme
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change/Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen
UN GA	United Nations General Assembly/Generalversammlung der Vereinten Nationen
UNGP	UN Guiding Principles on Business and Human Rights
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees/Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
UN SC	United Nations Security Council/Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
UNISPAL	United Nations Information System on the Question of Palestine
UNTC	United Nations Treaty Collection
UNTS	United Nations Treaty Series
UNWCC	United Nations War Crimes Commission
UPJIEL	University of Pennsylvania Journal of International Economic Law
USFLR	University of San Francisco Law Review
v.	von/vom/versus/gegen
Verf.	Verfasserin/Verfasser/Verfassers
VfZ	Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte
vgl.	vergleiche
VirginiaJIL	Virginia Journal of International Law
VJTL	Vanderbilt Journal of Transnational Law
VLR	Vermont Law Review
VN	Vereinte Nationen (Zeitschrift)
Vol.	Volume
VRS	Vojska Republike Srpske/Armee der serbischen Republik von Bosnien und Herzegowina
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer

BBPU	Відомості Верховної Ради України/Bulletin der Verkhovna Rada der Ukraine
WA	World Affairs
WHB	World History Bulletin
WIH	War in History
WJDIR	The Whitehead Journal of Diplomacy and International Relations
WMLR	William and Mary Law Review
WTO	World Trade Organisation
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention/ Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
YaleLJ	Yale Law Journal
YaleLJF	Yale Law Journal Forum
YEL	Yearbook of European Law
YIEL	Yearbook of International Environmental Law
YIHL	Yearbook of International Humanitarian Law
ZAECPEHC	High Court of South Africa, Eastern Cape Local Division
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZeFKo	Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZP I	Erstes Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen/Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I)/Protocol Additional to the Geneva Conventions of 12 August 1949, and relating to the protection of victims of international armed conflicts (Protocol I)
ZP II	Zweites Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen/Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll II)/Protocol Additional to the Geneva Conventions of 12 August 1949 and relating to the protection of victims of non-international armed conflicts (Protocol II)

Einleitung

I. Gegenstand, Ziel und Gang der Untersuchung

Souveränität über natürliche Ressourcen in Situationen der Fremdbestimmung: Der Titel dieser Untersuchung weist auf eine konfliktträchtige Situation hin – sowohl in völkerrechtlicher als auch in tatsächlicher Hinsicht. Das Völkerrecht weist Völkern und den von ihnen konstituierten Staaten das Recht zu, frei über die natürlichen Ressourcen ihrer Gebiete zu verfügen. Dieses Recht ist der Hauptbestandteil der dauerhaften Souveränität über natürliche Ressourcen (*permanent sovereignty over natural resources*, PSNR).

Die PSNR ist eine Völkerrechtsnorm, der im gegenwärtigen Völkerrecht fundamentale Bedeutung zukommt. Sie ist wesentlicher Bestandteil des Selbstbestimmungsrechts der Völker und bildet dessen wirtschaftliche Komponente, die die politische Selbstbestimmung komplementiert. Ihre primären Träger sind Staatsvölker. Das zeigt, dass die PSNR wesentlich auf dem Prinzip der Volkssouveränität beruht.¹ Idealtypisch wird die PSNR in von Völkern in freier Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts gebildeten souveränen Staaten verwirklicht. In der staatlichen Souveränität ist mit diesem Verständnis vor allem die Souveränität eines sich selbstbestimmt regierenden Volkes zu erblicken. Der solchermaßen mit Souveränität versehene Staat übt die PSNR nach innen und außen aus. In der PSNR als Bestandteil staatlicher Souveränität kommt die PSNR des Volkes dieses Staates – und gegebenenfalls weiterer, in diesem Staat vereinter Völker – zum Ausdruck.

Selbstbestimmung und Souveränität bilden definitionsgemäß Gegenpole zur Fremdbestimmung.² Die volle Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bedeutet Freiheit von Fremdbestimmung, innen wie außen. Innere Selbstbestimmung erfordert, dass die Staatsgewalt und ihre Ausübung vom Volkswillen ableitbar sind. Sie sichert daher dauerhafte Legitimation von Herrschaftsgewalt und die freie Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung und kann so auch als Recht auf politische Partizipation, eine repräsentative Regierung und freie Wahlen verstanden werden. Das Selbstbestimmungsrecht eines staatlich konstituierten Volkes wird nach außen durch die Prinzipien der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität sowie die Prinzipien des Interventions- und Gewaltverbotes geschützt. Während das Selbstbestimmungsrecht der Völker im All-

¹ Siehe von Arnauld, Souveränität als fundamentales Konzept des Völkerrechts, FW 89 (2014), S. 51 ff.

² Krieger, Die Herrschaft der Fremden – Zur demokratietheoretischen Kritik des Völkerrechts, AÖR 133 (2008), S. 315, 319.

gemeinen vor Fremdbestimmung schützt, leistet die PSNR diesen Schutz im Besonderen mit Blick auf das Recht auf freie Verfügung über natürliche Ressourcen.

Die Praxis und *opinio juris* der Staaten, aber etwa auch der UN, die sich in einem Zeitraum von nunmehr über 70 Jahren entwickelt haben, zeigen, dass die PSNR insbesondere Staatsvölker und Völker nicht selbstregierter Gebiete in Situationen der Fremdbestimmung in militärisch besetzten und in nicht selbstregierten Gebieten schützt. Die Usurpation der wirtschaftlichen Ressourcen und insbesondere die Ausbeutung, Nutzung und Vermarktung der natürlichen Ressourcen, die sich auf erobertem, kolonisiertem oder besetztem Gebiet befinden, gehörten historisch betrachtet schon immer zur wirtschaftlichen Komponente von Kolonialismus, bewaffneten Konflikten und gewaltsamem Gebietserwerb. Mit der gewaltsamen Erstreckung von Hoheitsrechten ging die Aneignung von Eigentumsrechten einher. Die Regeln des Besetzungsrechts, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten, verliehen dagegen bereits der Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker, dem Schutz der Souveränität und dem Annexionsverbot Ausdruck und enthielten Regeln über den Schutz staatlichen und privaten Eigentums. Durch die Kodifikation und fortschreitende Entwicklung des Selbstbestimmungsrechts der Völker mit der PSNR sowie des Gewaltverbotes nach dem Zweiten Weltkrieg erhielten die Regeln des Besetzungsrechts eine normative Prägung. Die Pflichten von Besatzern aus dem Besetzungsrecht werden heute durch die Pflichten aus der PSNR wesentlich charakterisiert und Zugriffe auf die natürlichen Ressourcen besetzter Gebiete umfassend beschränkt. Die PSNR entwickelte sich maßgeblich im Kontext der Dekolonialisierung. Daher bildeten Völker nicht selbstregierter Gebiete wichtige Anwendungsfälle der Norm. Seither werden auch Verstöße gegen das Selbstbestimmungsrecht, insbesondere gegen die PSNR, von Völkern nicht selbstregierter Gebiete universell völkerrechtlich geächtet.³ Spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges werden auch in zunehmendem Umfang Situationen, in denen nichtstaatliche bewaffnete Gruppen gefestigte Gebietskontrolle ausüben, von Staaten und internationalen Organisationen als Situationen anerkannt, in denen die Verwirklichung der PSNR der betroffenen Völker beeinträchtigt wird.

Nicht selbstregierte und besetzte Gebiete und Gebiete unter der Kontrolle nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen sind die drei Situationen der Fremdbestimmung, die im Fokus dieser Untersuchung stehen. Diese Situationen sind voneinander abgrenzbar, sie weisen aber die Gemeinsamkeit auf, dass in ihnen die PSNR als Bestandteil des Selbstbestimmungsrechts der Völker nicht voll und frei verwirklicht wird. Die Situationen sind dadurch gekennzeichnet, dass ein Staat oder eine nichtstaatliche bewaffnete Gruppe im Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der Völker Gewalt über ein Gebiet und die Menschen, die sich darin aufhalten, ausübt. Durch diese Gebietskontrolle ist der Staat oder die nichtstaatliche bewaffnete Gruppe in der Lage, in die Ausübung der PSNR durch ihre Träger einzugreifen und über die

³ Siehe Taylor, War Economies and International Law, 2021, S. 1 ff., 51 ff., mit Verweis auf Gathii, War, Commerce, and International Law, 2010, S. 1 ff.

natürlichen Ressourcen des Gebietes zu verfügen, ohne selbst zur Ausübung der PSNR berechtigt zu sein. Dies wird deutlich durch einen genaueren Blick auf die drei untersuchten Situationen und die durch sie hervorgerufenen Beeinträchtigungen der PSNR.

Bei den drei Situationen der Fremdbestimmung handelt es sich erstens um nicht selbstregierte Gebiete im Sinne des 11. Kapitels der Charta der Vereinten Nationen (UNC) und damit um Situationen der kolonialen Fremdbestimmung. Die Territorialvölker nicht selbstregierter Gebiete sind Träger des Selbstbestimmungsrechts, welches sie noch nicht voll und frei ausgeübt und verwirklicht haben. Nicht selbstregierte Gebiete stehen unter der Gebietskontrolle von Staaten als Verwaltungsmächten. Die UN listen offiziell 17 nicht selbstregierte Gebiete mit über 1,75 Millionen Bewohnerinnen und Bewohnern, darunter die Westsahara, die Falklandinseln, die Turks- und Caicosinseln, Neukaledonien und Französisch-Polynesien. Die Westsahara stellt insoweit einen Sonderfall dar, da diese zum größten Teil von Marokko besetzt wird, das jedoch nicht die Verwaltungsmacht des Gebietes ist.

Zweitens handelt es sich um militärisch besetzte Gebiete im Sinne des humanitären Völkerrechts. Besetzte Gebiete stehen unter der mit militärischer Gewalt gesicherten Gebietskontrolle von Staaten als Besatzern, die nicht zur Ausübung ihrer Gebietshoheit über das jeweilige Gebiet berechtigt sind. Wird das Gebiet eines Staates besetzt, so wird jedenfalls das Staatsvolk dieses Staates durch die militärische Besetzung an der freien Ausübung und Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts gehindert. Wird ein nicht selbstregiertes Gebiet besetzt, betrifft dies das Territorialvolk des Gebietes. In beiden Situationen können gegebenenfalls auch weitere Völker in dem jeweiligen Gebiet betroffen sein. Beispiele in dieser Hinsicht bilden die Besetzung des Iraks durch die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich, die Besetzung von Teilen der Demokratischen Republik Kongo durch Uganda sowie gegenwärtig die Besetzungen der palästinensischen Gebiete durch Israel, von Teilen der Westsahara durch Marokko und von Teilen der Ukraine durch Russland.

Drittens handelt es sich um Gebiete, die unter der Kontrolle nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen stehen, die Konfliktparteien nichtinternationaler bewaffneter Konflikte sind. Hier stehen Situationen im Fokus, in denen eine nichtstaatliche bewaffnete Gruppe über ein Gebiet mitsamt den natürlichen Ressourcen dieses Gebietes und über die Menschen in diesem Gebiet Gewalt ausübt, so dass sie in der Lage ist, in die Ausübung der PSNR einzugreifen, ohne selbst zur Ausübung der PSNR berechtigt zu sein. Diese Konstellation ist – wie im siebten Kapitel gezeigt wird – in den meisten nichtinternationalen bewaffneten Konflikten der Gegenwart gegeben, so etwa in denjenigen in der Demokratischen Republik Kongo, Libyen und Syrien.

Diese drei Situationen der Fremdbestimmung stellen für sich genommen bereits Beeinträchtigungen der freien Ausübung und Verwirklichung des Selbstbestim-